

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 16 (1975)
Heft: 21

Artikel: Krieg im Frieden : die Begriffe von Krieg, Frieden und Revolution in der kommunistischen, insbesondere sowjetischen Auffassung und Handhabung
Autor: Revesz, Laszlo
Kapitel: Der Friede
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095031>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Friede dem Friedenskampf

Um kundzutun, dass der Friede mehr sein muss als ein blosser militärischer Nichtkrieg, fordert Solschenizyn die Ersetzung des Gegensatzpaares «Krieg — Friede» durch die Gegenüberstellung «Gewaltanwendung — Friede». In kommunistischer Sicht ist aber die Gewaltanwendung für die gute Sache ein richtig verstandener Dienst am Frieden. Denn der ewige und universale Friede kann erst gewährleistet werden, wenn die schon durch ihre blosse Existenz kriegserzeugende feindliche Ordnung liquidiert ist. Und zwar — soweit sie nicht kapituliert — mit Gewalt. Diese kann sogar kriegführende Gewalt sein, die ein Friedensfaktor bleibt, wenn sie als Bestandteil des «internationalen Klassenkampfes» im faktischen oder deklarierten Bündnis mit dem sozialistischen Friedenslager erfolgt. So ergibt es sich, dass Krieg und Friede tatsächlich dialektisch austauschbare Begriffe sind. Den Unterschied macht nicht die Gewaltanwendung, sondern ihre Richtigkeit.

«Der internationale Friede. Beziehungen zwischen Völkern und Staaten, die sich auf eine Aussenpolitik nichtgewaltsamer Mittel unter Einhaltung der angenommenen (meist in Verträgen verankerten) Verpflichtungen stützen (...). In den antagonistischen Klassengesellschaften wird der Friede durch Kriege unterbrochen und festigt ihre Resultate. Der Charakter des Friedens wie auch jener des Krieges wird durch die historische Stufe der Entwicklung der Gesellschaft, durch die Politik der herrschenden Klassen bestimmt. Die neue Etappe der historischen Entwicklung fängt mit der Entstehung des Sozialismus an,

dessen Natur in der Bestrebung zum Frieden unter den Völkern besteht. Der ewige Friede unter den Völkern, der alle Kriege und Kriegsvorbereitungen ausschliesst, ist das internationale Prinzip der kommunistischen Gesellschaft, eines der grossen Ideale, für welche die Kommunisten kämpfen (...). Zur Beseitigung der Kriege muss man die soziale Ordnung ändern.»

Diese höchstoffizielle Erläuterung des Friedens als Endziel der sozialistisch/kommunistischen Politik gab die Grosse Sowjetenzyklopädie (3. Ausg., Moskau 1974, Bd. 16, S. 908).

Den Krieg an der Quelle zerstören — notfalls mit Krieg

Damit der Friede entstehen kann, muss man die feindliche Gesellschaftsordnung zerstören, denn er ist wie der Krieg eine Klassenerscheinung.

Der Friede in einer antagonistischen Klassengesellschaft ist immer eine provisorische Lösung der internationalen Beziehungen und wird zwangsläufig immer wieder von neuen Kriegen unterbrochen. Nur eine klassenlose Gesellschaftsordnung garantiert den endgültigen Frieden ohne Kriege. Einen solchen Frieden genoss die vorgeschichtliche kommunistische Gesellschaft. Ihn wird in Zukunft auch die selbstverwaltende kommunistische Gesellschaft geniessen. Die Kommunisten müssen bis dahin für den Frieden kämpfen, und dieser Friedenskampf ist eine Art internationaler Klassenkampf zur Zerstörung der Herrschaft des Kapitals als Quelle des Krieges.

In seinen «Briefen aus der Ferne» stellte Lenin fest, dass «nur die Herrschaft des Proletariates» imstande sei, «den Frieden zu verwirklichen, aber nicht den imperialistischen Frieden, nicht die Vereinbarung zwischen den imperialistischen Staaten über die Teilung der von den Kapitalisten und ihren Regierungen geraubten Beute (...)». (Ges. Werke, russisch, 5. Ausg., Bd. 31, S. 55)

Lenins Worte sind Wegweiser auch für die heutige Sowjetpolitik, betont die Grosse Sowjetenzyklopädie.

«Wir wollen den Frieden, aber nicht als Herrschaft des Kapitals»

Die Kommunisten wollen also von einem «imperialistischen Frieden» nichts wissen, sondern von einem proletarischen Frieden, dem die gewaltsame Liquidierung der Friedensgegner vorangehen muss.

Die Sowjetunion beansprucht für sich selbst das

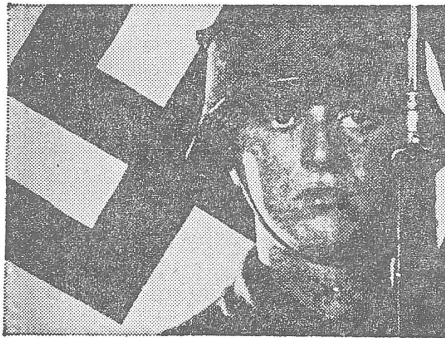
Verdienst, den Frieden in der Welt gefestigt zu haben, ihn zur «allgemeinmenschlichen Aufgabe» gemacht zu haben, indem sie eine weltweite «Friedensbewegung» aufbaute. Diese Friedensbewegung muss kämpfen: einmal gegen die Möglichkeit eines Kriegsausbruchs, vor allem aber für den Sozialismus und gegen den Kapitalismus, damit auch die Quelle des Krieges beseitigt wird: «Einerseits ist der Kampf für den Frieden von der Entwicklung der antiimperialistischen Bewegung nicht zu trennen; sie ist mit dem Kampf für die Freiheit der Völker, für Fortschritt und Demokratie verbunden; andererseits schafft die Festigung des Friedens günstige Bedingungen für den Befreiungskampf der Werktätigen.» So sagt die Sowjetenzyklopädie weiter (S. 909).

Friedenskämpfer sind nicht Pazifisten

Die Friedensbewegung wird als eine über Klassen stehende Bewegung dargestellt; jeder, der gegen Kriege ist, soll sich den von der Sowjetunion gebildeten und finanzierten Friedensorganisationen anschliessen.

Friedenskämpfer können sogar Angehörige der Bourgeoisie oder kirchliche Kreise sein. Sie dürfen guthiessen, was die Grosse Sowjetenzyklopädie im Jahre 1974 schrieb: «Die Kommunisten lehnen sowohl die pseudorevolutionäre extremistische Idee der Festigung des Sozialismus und des Friedens als Folge eines Krieges als auch eine rechtsopportunistische Auffassung des Friedens als Verzicht auf den Klassenkampf, auf den Kampf gegen die bürgerliche Ideologie und Politik ab.»

Die unzähligen «Friedenskämpfer» in der kapita-



Zwei Friedensbotschaften

Oben: «Die Bereitschaft des Friedens.» (Friedrich Heiss: «Deutschland zwischen Tag und Nacht.» Volk-und-Reich-Verlag, Berlin 1934.)

Unten: «Die Sache des Friedens und der Völkerfreundschaft wird siegen.» («Sowjetskaja Rossija», Moskau, 31. August 1961.)



Nigel Grant

Schule und Erziehung in der Sowjetunion

Aus dem Englischen von Hans Jörg Pommer.

1966, 239 Seiten, Pappband, 12.80
ISBN 3 85913 027 7

Verlag SOI
Schweizerisches Ost-Institut
CH-3000 Bern 6

listischen Welt gehören meistens kirchlichen oder gutsituierten bürgerlichen Kreisen an, die aus politischem Opportunismus ein «proletarisches Bewusstsein» vortäuschen wollen. Sie denken nicht daran — wollen wir hoffen —, dass sie sich einer Bewegung angeschlossen haben, die den «ewigen Frieden» auf den Ruinen jeglicher Rechtsstaatlichkeit, einer freiheitlichen Sozial- und Rechtsordnung, verwirklichen will. Unter anderem durch gerechte, d. h. «revolutionäre» Kriege. Lenin schrieb 1917:

«Wir sind keine Pazifisten (...); wir haben es stets als Unsinn bezeichnet, dass das revolutionäre Proletariat auch revolutionären Kriegen abschwören sollte, die sich im Interesse des Sozialismus als notwendig erweisen können.» (Ausgewählte Werke, Bd. 6, S. 18)

Dass die Friedensbewegung eines der Instrumente der kommunistischen Machtergreifung darstellt, beweisen Lenins Worte: «... man kann keinen demokratischen, gewaltlosen Frieden erlangen (...), wenn nicht die Staatsmacht auf eine andere Klasse, auf das Proletariat, übergeht.» (Ebenda, S. 56)

Pax sovietica als Bewegungskrieg und Stellungskrieg

Die Geschichte der Sowjetunion ist der beste Beleg dafür, was man unter Frieden und Friedensbewegung verstehen soll.

Das erste Dekret der am 7. November 1917 errichteten Sowjetregierung handelte vom Frieden. Kaum war aber die Tinte der Unterschrift getrocknet, organisierte Lenin Sowjetregierung den Krieg! Schon wurden verschiedene Schritte unternommen, um im Zeichen einer Friedenspolitik die blutigste sozialistische Revolution zu verwirklichen. Friedenspolitik und Revolutionierung Europas wurden zu identischen Begriffen. Für Lenin war der Frieden von Brest-Litowsk mit den Zentralmächten wichtig, um die Revolution zu Hause durchzuführen und nachher auf Europa auszudehnen! Friede als ein Mittel der Revolution, als Phase zwischen Krieg und Revolution.

Die Friedensbeteuerungen hinderten Lenin nicht daran, die Roten Einheiten gegen die Ukraine, Weissrussland, die Transkaukasusrepubliken, gegen die jungen Nationalstaaten einzelner Moslemvölker und 1920 sogar gegen Polen zu schicken, die Revolution in Ungarn, in der Slowakei, in Bayern, aber auch in Oesterreich, in Berlin usw. zu unterstützen, die zentralasiatischen Monarchien Chiwa und Buchara zu überfallen («Hilfe der Revolution») und zu annektieren.

Diese Art Friedenspolitik wurde auch von Stalin fortgesetzt.

Er kümmerte sich nicht um die 1920 geschlossenen «ewigen Friedensverträge» mit den drei baltischen Staaten und mit Polen, ebensowenig um die Nichtangriffspakte mit diesen Staaten und mit Finnland aus den dreissiger Jahren, sondern schloss sich Hitler an, überfiel Polen, annektierte die baltischen Staaten, überfiel Finnland usw. 1944 annektierte er Tuwa — bis dahin Vasallenstaat der Sowjetunion an der chinesischen Grenze.

Nachdem die sowjetischen Ansprüche vorübergehend gesichert waren, kehrte Moskau erneut zur «Friedenspolitik» zurück.

Diese Friedenspolitik in Form der «friedlichen Koexistenz» gilt seit dem XX. Parteikongress als Generallinie der osteuropäischen Aussenpolitik in Richtung «nichtsozialistischer» Staaten.

Friedliche Koexistenz heisst politischer Krieg

Die friedliche Koexistenz ist die Taktik der kommunistischen Weltbewegung (Moskauer Ausrichtung) seit 1956. Dabei bleibt die strategische Zielsetzung unverändert und deklariert: Liquidierung der feindlichen Systeme und Verwirklichung des Sozialismus sowjetischer Prägung. Doch im Rahmen einer allgemeingültigen strategischen Generallinie gibt es mehrere taktische Etappen, und unter ihnen ist die friedliche Koexistenz vielleicht eine der wichtigsten.

Die friedliche Koexistenz kann den Anschein erwecken, in der revolutionären Strategie den berühmten «Schritt rückwärts» zu tun; in Wirklichkeit aber ist sie kein Schritt zurück, sondern ein Schritt nach vorn auf einem neuerschlossenen Weg.

Sowohl die Definitionen sowjetischer Nachschlagewerke als auch die Beschlüsse der internationalen kommunistischen Bewegung (siehe unsere Fenster) zeigen eindeutig, dass die Koexistenz als Kampfmittel verstanden wird, das übrigens die «gerechten Kriege» in keiner Weise ausschliessen will. Sie dient in kommunistischer Sicht dazu, die Uebergangsphase von Kapitalismus zu Sozialismus zu meistern, ohne einen Weltkrieg zu provozieren.

«Da ein gleichzeitiger Sieg des Sozialismus in allen Ländern oder in der Mehrheit der Länder nicht möglich ist, anerkennt der Leninismus die friedliche Koexistenz von Ländern mit verschiedenen Gesellschaftssystemen als ein objektives Gesetz, dessen Gültigkeit auf die ganze Periode des Uebergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmassstab ausgedehnt wird.» («Kommunist», Nr. 3/1963, S. 14)

Die friedliche Koexistenz ist demnach die Taktik

zur Erreichung des strategischen Ziels. Aussenminister Gromyko hielt in seinem 1962 veröffentlichten Buch fest: «Das Prinzip der friedlichen Koexistenz entspricht den Interessen der weiteren Förderung der sozialistischen Revolution und der Festigung der Positionen des Sozialismus am besten.» (A. Gromyko: «Die friedliche Koexistenz — der Leninsche Kurs der Aussenpolitik der Sowjetunion», Moskau 1962, S. 20)

An anderer Stelle schrieb er: «Dadurch, dass sich die friedliche Koexistenz zum Ziel gesetzt hat, die Massen zum aktiven Kampf für Frieden, Demokratie und nationale Befreiung zu mobilisieren, trägt sie zum friedlichen Uebergang zum Sozialismus bei.» (Ebenda, S. 99)

Der ehemalige polnische Parteichef Wladyslaw Gomulka äusserte sich ebenfalls in diesem Sinne: «Das strategische Ziel der Politik der friedlichen Koexistenz ist der Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus im Weltmassstab (...). Der Sozialismus kann den Kapitalismus ohne einen katastrophalen Weltkrieg besiegen.» («Zagadnienia wojny i pokoju» — Kriegs- und Friedensprobleme — Warschau 1960, S. 5)

Die friedliche Koexistenz trägt laut der osteuropäischen Fachliteratur offensive Charakterzüge, denn sie diene nicht einer Aufrechterhaltung des Status quo zwischen Kapitalismus und Sozialismus, sondern einem zugespitzten Klassenkampf auf internationaler Ebene. («Tarsadalmi Szemle», Budapest, Nr. 5/1963)

Die sozialistischen Länder müssen in diesem Kampf eine offensive Haltung einnehmen und den dialektisch zu interpretierenden Frieden aktiv verteidigen. («Sowjetskoje gossudarstwo i pravo», Nr. 3/1963)

Die friedliche Koexistenz im internationalen Beschluss

Deutlich ist das auch von den westlichen KP gutgeheissene «Hauptdokument der internationalen Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien» (Informations-Bulletin, Wien, Nr. 11 bis 15/1969) vom Juni 1969 in Moskau, das in Kapitel III, Punkt 3, zur friedlichen Koexistenz ausführt:

Die Politik der friedlichen Koexistenz widerspricht nicht dem Recht der unterdrückten Völker, im Kampf um ihre Befreiung die Mittel anzuwenden, die sie für notwendig erachten, um den bewaffneten oder nichtbewaffneten Weg zu beschreiten. Sie bedeutet in keiner Weise die Unterstützung reaktionärer Regime.

Ebenso unbestritten ist das unveräusserliche Recht jedes Volkes auf militärische Verteidigung gegen die Anschläge der imperialistischen Aggressoren und auf die Unterstützung anderer Völker in diesem gerechten Kampf. Das ist ein Bestandteil des gemeinsamen antiimperialistischen Kampfes der Völker.

Die Politik der friedlichen Koexistenz wirkt den Versuchen des Imperialismus entgegen, seine inneren Widersprüche durch Verschärfung der internationalen Spannung und durch Schüren von Kriegsherden zu überwinden. Diese Politik bedeutet weder die Aufrechterhaltung der bestehenden sozialen und politischen Verhältnisse noch eine Abschwächung des ideologischen Kampfes. Sie trägt zur Entwicklung des Klassenkampfes gegen den Imperialismus im nationalen und internationalen Massstab bei. Das unveräusserliche Recht und die Pflicht der Werktätigen und ihrer kommunistischen Arbeiterparteien in den kapitalistischen Ländern ist der entschlossene Klassenkampf für die Beseitigung der Monopole und deren Macht, für die Durchsetzung einer wirklich demokratischen Ordnung und für die Errichtung der sozialistischen Macht, gleich auf welchem Wege. Die Kommunisten der ganzen Welt sind mit diesem gerechten Kampf solidarisch.

Die antiimperialistischen Massenaktionen sind eine der Bedingungen zur Verwirklichung der Politik der friedlichen Koexistenz. Eine solche Politik, die sich gegen die Kriegstreiber, gegen die Reaktion und gegen die Rüstungsmonopole richtet, entspricht den gemeinsamen Interessen des revolutionären Kampfes (...).

Die friedliche Koexistenz im Lexikon

Die Grosse Sowjetenzyklopädie (3. Ausg., Bd. 16, S. 929—935) gibt zum Stichwort der friedlichen Koexistenz folgende Schilderung (Auszeichnung von uns):

Ein Typ der Beziehungen zwischen Staaten mit verschiedenen sozialen Systemen, der voraussetzt: Verzicht auf den Krieg als Mittel zur Lösung umstrittener Fragen zwischen den Staaten und ihre Lösung durch Verhandlungen; Gleichberechtigung, gegenseitiges Verständnis und Vertrauen zwischen den Staaten, Berücksichtigung der gegenseitigen Interessen; Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Anerkennung des Rechts für jedes Volk, das eigene sozioökonomische und politische System frei zu wählen; strenge Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität aller Staaten; Entwicklung wirtschaftlicher und kultureller Zusammenarbeit auf der Grundlage vollständiger Gleichheit und gegenseitiger Vorteile. Eine Politik, die auf die Entstehung und Entwicklung eines solchen Typs der zwischenstaatlichen Beziehungen ausgerichtet ist, wird Politik der friedlichen Koexistenz genannt. Sie ist berufen, die Beziehungen von Beherrschung und Unterdrückung im internationalen Leben aufzuheben, die allgemeindemokratischen Normen, die vom Imperialismus verletzt wurden, wiederherzustellen. Die friedliche Koexistenz ist eine Form des Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus auf internationaler Ebene, aber eine spezifische Form des Klassenkampfes:

1. Weil der Kampf zwischen den herrschenden Klassen geführt wird, welche die Staatsgewalt innehaben, und
2. weil der in seinem Wesen antagonistische Konflikt zwischen den beiden gegensätzlichen sozioökonomischen Systemen von militärischen

Zusammenstößen auf den wirtschaftlichen Wettbewerb, auf die Gegenüberstellung der politischen Systeme und des Lebenswandels, auf den Kampf der Ideologien übergeführt wird.

Der organische Zusammenhang, die Einheit von Kampf und Zusammenarbeit ist ein Charakterzug der friedlichen Koexistenz, eine Quelle ihrer inneren Widersprüche, ein ständiger Stimulus für die Suche nach gegenseitig annehmbaren Entscheidungen, welche die militärischen Zusammenstöße ausschliessen. (...)

Die Ausarbeitung des Konzeptes der friedlichen Koexistenz war eine der grössten Errungenschaften der politischen Theorie des Leninismus. (...)

Die prinzipielle Schlussfolgerung des XX. Kongresses der KPdSU (im Februar 1956, LR) über die Vermeidbarkeit eines Weltkrieges wurde von der kommunistischen Weltbewegung bejaht. Es heisst in der Deklaration der Beratung der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder (1957): «Das Leninische Prinzip der friedlichen Koexistenz beider Systeme (...) ist die unerschütterliche Grundlage der Aussenpolitik der sozialistischen Staaten und eine zuverlässige Grundlage von Frieden und Freundschaft unter den Völkern.»

In der Erklärung der Beratung der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien 1960 wurde betont: «Durch die vereinigten Anstrengungen des sozialistischen Weltlagers, der internationalen Arbeiterklasse, der nationalen Befreiungsbewegung aller Länder, die sich gegen Kriege einsetzen, und aller friedliebenden Kräfte lässt sich ein Weltkrieg vermeiden.» (...) Die Geschichte beweist, dass die friedliche Koexistenz den weltrevolutionären Prozess nicht nur nicht hindert, sondern ihn im Gegenteil stimuliert. (...) Die sozialistischen Staaten zwingen dem Imperialismus die Politik der friedlichen Koexistenz auf und schaffen so günstige Voraussetzungen für die rasche Entwicklung ihrer Wirtschaft, für die allseitige Entwicklung der sozialistischen gesellschaftlichen Beziehungen. Je

stärker das Weltsystem des Sozialismus ist, desto grösser sind seine revolutionierenden Einwirkungen auf die werktätigen Massen, seine Möglichkeiten zur Unterstützung der revolutionären Bewegungen. (...) Die Politik der friedlichen Koexistenz wirkt auch auf die innere Lage der kapitalistischen Staaten zurück. W. I. Lenin stellte im Zusammenhang mit der Genua-Konferenz (im Jahre 1921; LR) die Aufgabe: «... das pazifistische Lager der internationalen Bourgeoisie (...) durch das revolutionär-bürgerliche Lager tiefgreifender zu spalten.» (Ges. Werke, russisch, Bd. 44, S. 408)

Die Politik der friedlichen Koexistenz löst diese Aufgabe, denn sie fördert die Zunahme aller demokratischen und antiimperialistischen Kräfte. Sie verhindert die Versuche der Imperialisten, ihre inneren Widersprüche durch Zuspitzung der internationalen Spannung zu bekämpfen. Sie fördert die Entwicklung des Klassenkampfes gegen den Imperialismus im nationalen und internationalen Massstab. Die Politik der friedlichen Koexistenz (...) entspricht den allgemeinen Interessen des revolutionären Kampfes gegen alle Formen der Unterdrückung und Ausbeutung. (...)

Die Politik der friedlichen Koexistenz hat einen Kompromisscharakter (...). Im Rahmen der Vereinbarungen muss selbstverständlich jede Seite bestrebt sein, die eigenen prinzipiellen Interessen zu verteidigen. (...) Lenin schrieb: «Wir müssen uns als Regel aufstellen, der internationalen Bourgeoisie keine politischen Konzessionen zu machen (...), wenn wir dafür nicht mehr oder weniger gleichwertige Konzessionen seitens der internationalen Bourgeoisie für Sowjetrußland oder für andere Truppen des gegen den Kapitalismus kämpfenden internationalen Proletariats erhalten.» (Ges. Werke, 5. Ausg., Bd. 45, S. 142)

Diese Leninsche Methode bildet die Grundlage der praktischen Tätigkeit der UdSSR und der übrigen sozialistischen Länder bei der Regelung der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit mit der kapitalistischen Welt.

Kampf für Demokratie?

Die Politik der friedlichen Koexistenz dient auch dem Kampf für die Demokratie, wobei die sozialistischen Staaten und die kommunistische Bewegung diesen Kampf nicht etwa zwecks Wiederherstellung der alten Demokratie, sondern zwecks Errichtung eines qualitativ neuen demokratischen Regimes unterstützen. Der Kampf für die Demokratie ist der Kampf für die sozialistische Demokratie! In den verschiedenen Aufrufen an die nichtkommunistischen, teilweise bürgerlichen Verbündeten wird dieses Ziel des Kampfes verschwiegen; in den osteuropäischen Fachzeitschriften und offiziellen Äusserungen aber immer hervorgehoben ...

Der Kampf für die Demokratie ist das wichtigste Bestandeselement der friedlichen Koexistenz; er hat die Aenderung des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Systems im Westen zum Ziele. («Pravnické Studie», Bratislava, Nr. 1/1967)

«Der konsequente Kampf für die Demokratie führt letzten Endes zur Expropriation des Bürgertums, zur Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln. Der Kampf für die Demokratie ist also ein Mittel zur Durchführung der

sozialistischen Revolution. (...) Zielsetzungen und Aufgaben dieses Kampfes nähern sich denjenigen des Kampfes für den Sozialismus an. Inhalt des Kampfes für die Demokratie ist die wirtschaftliche, politische und geistige Befreiung der Werktätigen. Verständlicherweise kann dies bei Aufrechterhaltung des Kapitalismus und der bürgerlichen Demokratie nicht verwirklicht werden.

Darin kommen Annäherung und Zusammenfallen des Kampfes für die demokratischen Einrichtungen mit den Zielsetzungen und Aufgaben der sozialistischen Revolution zum Ausdruck, die allein imstande ist, eine Gesellschaftsordnung

herbeizuführen, welche die soziale, wirtschaftliche und geistige Befreiung der Werktätigen mit sich bringt. (...) Demokratische Reformen und Umgestaltungen sind in der Gegenwart ein neues taktisches Kampfmittel, das die Herbeiführung der sozialistischen Revolution garantiert.» («Westnik Moskowskogo Universiteta. Filosofija», Nr. 1/1967)

Das zentrale Problem der kommunistischen Bewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern ist heute der «Kampf für die Demokratie», wobei jedoch ein begriffliches Missverständnis zu beobachten ist. Die «Verbündeten» interpre-

Dr. Klaus M. Leisinger
Arbeitslosigkeit, Direktinvestitionen und angepasste Technologie
Zur Investitionspolitik multinationaler Unternehmen in der Dritten Welt
246 Seiten, 15 Tabellen, kartoniert Fr./DM 28.—
Lassen sich die Probleme der Dritten Welt mit Lösungen aus Industrieländern bewältigen?

haupt für bücher

Falkenplatz 14
3001 Bern
031/23 24 25

Demnächst erscheint:

Prof. Alois Riklin, Prof. Hans Haug, Prof. Hans Christoph Binswanger
Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik

Etwa 1000 Seiten, gebunden, ca. Fr./DM 50.—

Erste umfassende Darstellung der schweizerischen Aussenpolitik!

haupt für bücher

Falkenplatz 14
3001 Bern
031/23 24 25

tieren die Demokratie ganz anders als die Kommunisten. Letztere wissen das sehr wohl, haben aber kein Interesse daran, dieses Aneinander-Vorbeireden immer ins richtige Licht zu stellen. Sie gestatten bürgerliche Illusionen.

Par définition: Indirekte Aggression

Im Begriff der friedlichen Koexistenz ist allgemein das Element des Kampfes viel dominanter als das Element des Friedens. Die Methoden dieses Kampfes hängen von den konkreten historischen Bedingungen ab; sie können wahlweise friedlich oder nichtfriedlich sein.

Die friedliche Koexistenz in sowjetischer Handhabung passt übrigens bemerkenswerterweise sehr wohl in den Begriff der *indirekten Aggression*, wie er gerade von der Sowjetunion definiert worden ist.

Die UdSSR hatte 1953 zuhanden der Weltöffentlichkeit einen Definitionsentwurf ausgearbeitet, der zwischen direkter und indirekter Aggression unterschied. Erstere umfasst nach traditioneller Manier die bewaffnete Gewaltanwendung, letztere aber die politische, wirtschaftliche und ideologische Aggression. (Ausführlich bei Istvan Herczeg: «Das Verbot des Aggressionskrieges und die Definition der Aggression», ungarisch, Budapest 1964, S. 103—104)

Nun ist die friedliche Koexistenz nach dem erklärten Willen ihrer Promotoren aus dem Sowjetlager zweifellos eine Form der ideologischen und politischen Aggression. Ihre Aufgabe ist es unter anderem, den Völkern der kapitalistischen Länder zu verstehen zu geben, dass der Feind nicht im Ausland, sondern in den jeweiligen eigenen Ländern zu suchen sei. «Dadurch trägt sie zur Entfesselung des revolutionären Kampfes bei.» («Kommunist», Nr. 6/1963)

Die friedliche Koexistenz ist mit dem ideologischen Kampf verbunden, in dessen Rahmen die Sowjets ihre Ideologie nach dem Westen bringen wollen, um die hiesigen Strukturen zu zerstören. Das ist ausgesprochene «indirekte Aggression» laut sowjeteigener Definition.

Die friedliche Koexistenz bezieht sich ausschliesslich auf die sowjetische Aussenpolitik gegenüber den «nichtsozialistischen» Staaten.

Die Ostblockstaaten sind nicht einmal durch die friedliche Koexistenz von der Hegemonialpolitik

des «sowjetischen Verbündeten» geschützt, da, wie schon gezeigt, in dieser Beziehung der «sozialistische Internationalismus» als Generallinie der Aussenpolitik dient. Sozialistischer Internationalismus und sein Hauptinhalt, die beschränkte Souveränität der «sozialistischen» Länder, garantieren den universalen Charakter des sowjetischen Modells samt Unterordnung der kleinen und mittelgrossen sozialistischen Staaten unter die Sowjetunion. Der sozialistische Internationalismus rechtfertigt sowohl die direkte als auch die indirekte Aggression der Sowjetunion gegenüber allen sozialistischen Staaten der Gegenwart und der Zukunft.

Koexistenz nicht fürs Lager

Auf die sowjetischen Bemühungen um eine Definierung der Aggression antwortete die chinesische Führung in der Zeitschrift «Hongqi» vom 1. Mai 1969 unter dem Titel «Die Maske der sogenannten ‚Aggressions-Definition‘ der Sowjetrevisionisten»:

Die Gewaltanwendung mit dem Ziel, die sozialen und politischen Errungenschaften anderer Völker zu sichern, sei unvereinbar mit dem Prinzip der friedlichen Koexistenz, wie der UNO-Delegierte der «Sowjetrevisionisten» am 26. Februar 1969 erklärt habe. Auf diese Weise werde aber die bewaffnete Aggression nur in Richtung der sogenannten «Länder mit verschiedenen sozialen Systemen» abgelehnt. Dies bedeute, dass die Gewaltanwendung für eine Aggression zwischen den Staaten des gleichen Systems keine Aggression sei. Breschnew habe «brüllend» erklärt, die Anwendung militärischer Massnahmen zwecks Invasion eines «brüderlichen Landes» sei eine Aktion zur Behebung der «Gefährdung des Sozialismus»; die Gefährdung der gemeinsamen Interessen rechtfertige die militärische Aktion. Es sei die gleiche Gangsterlogik, mit der die bewaffnete Besetzung der CSSR als eine Massnahme zur Garantie der gesamten sozialistischen Gemeinschaft und der Interessen des Sozialismus in diesem Lande gerechtfertigt worden sei.

Die Auffassung der Sowjetrevisionisten, wonach eine bewaffnete Aggression gegen Länder des gleichen Systems nicht als Aggression verstanden werden könne, sei lächerlich.

«Mit dieser reaktionären Theorie der sowjetischen verräterischen revisionistischen Führungselite

lassen sich alle ihre imperialistischen Aggressionen rechtfertigen. Wenn die Sowjetrevisionisten die Aggression als solche ablehnen, bedienen sie sich eines alten Tricks, den sie von den Zaren und den übrigen Imperialisten übernommen haben. Sie möchten wohl vergessen, dass der russische zaristische Imperialismus überall in Europa Aggressionen beging, die in sowjetischer Darstellung allerdings als ‚Verteidigung der legalen Regime‘ gelten.» Die Sowjetrevisionisten und Sozialimperialisten hätten die Methoden ihrer Vorgänger nicht einfach nachgeahmt, sondern noch unverschämter praktiziert.

So wird aus sozialistischem Internationalismus imperialistische Aggression — wenn man kommunistische Massstäbe anlegt!

Dritte Welt: Krieg statt Klassenkampf

Die Politik der friedlichen Koexistenz weist gegenüber den Entwicklungsländern spezielle Aspekte auf. Hier gilt das Feindbild nicht den betreffenden Staaten und ihren Strukturen, sondern ihren westlichen Partnern.

Die sowjetische und osteuropäische Fachliteratur betont, die Grundlage der Beziehungen zwischen den Entwicklungsländern und dem sozialistischen Lager müsse ein «unerschütterliches Bündnis» sein. Während sich die friedliche Koexistenz in den entwickelten kapitalistischen Ländern auf den zugespitzten Klassenkampf konzentrierte und eine Form des «erbitterten Klassenkampfes» darstelle (in dem die Rechtsnormen vom Standpunkt des revolutionären Bewusstseins ausgelegt werden müssten), diene sie in den Entwicklungsländern dem gemeinsamen Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus. Natürlich lasse sich gegenüber den Entwicklungsländern auch der innere Klassenkampf nicht völlig ausschalten, doch sei er in diesem Falle sekundär. («Sowjetskoje gossudarstwo i pravo», Nr. 3/1963)

Hauptfront der friedlichen Koexistenz ist also in den entwickelten kapitalistischen Ländern der innere Klassenkampf, in den Entwicklungsländern hingegen der internationale, der äussere Klassenkampf. Mit andern Worten: die zwischenstaatliche Auseinandersetzung, der Krieg.

Die friedliche Koexistenz gegenüber den Entwicklungsländern gilt vorerst als Mittel zur Förderung des «Befreiungskampfes» (auch nach der politischen Befreiung) und nur nebenbei auch der inneren Revolution. Der «Friedenskampf» muss also in den Entwicklungsländern die Unzufriedenheit durch ständige Hetzkampagnen gegen Kolonialismus und Imperialismus schüren, erst danach auch gegen die eigene Bourgeoisie. Um die Stimmung gegen den Imperialismus auch in den schon unabhängig gewordenen Staaten anheizen zu können, wird in diesen der Kampf für die wirtschaftliche Unabhängigkeit propagiert, obschon eine solche Unabhängigkeit für das eigene, sozialistische Lager als schädlich gilt.

Durch die zwei einander widersprechenden Aspekte der friedlichen Koexistenz entsteht folgende bemerkenswerte Situation: Die Sowjetunion will in ihren Beziehungen zum Westen

den Krieg — nicht aber die Revolution! — ausschalten; ihre Beziehungen zu den Entwicklungsländern will sie aber, gerade unter Berufung auf die Politik der friedlichen Koexistenz, ausnützen, um gegen den koexistierenden westlichen Partner eine kriegerische Front zu bilden.

Nicht die Sowjetunion, sondern die «nationale Befreiungsbewegung» soll notfalls auch den bewaffneten Kampf auslösen, um die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Westen abzuschütteln.

In diesem Falle ist jedoch das «sozialistische Lager» verpflichtet, im Sinne des proletarischen Internationalismus den Entwicklungsländern bzw. der nationalen Befreiungsbewegung zu Hilfe zu kommen. Eine solche Hilfe widerspricht nicht der friedlichen Koexistenz, da es sich ja hier um eine in der UNO-Charta verankerte Pflicht handle.

Die friedliche Koexistenz sichert also Osteuropa die Möglichkeiten eines «offensiven Friedenskampfes», wie dies in einem redaktionellen Artikel der polnischen zentralen Parteizeitung «Trybuna Ludu», Warschau (4. April 1973) direkt betont wurde:

«Die ideologische Front ist heute das Hauptgebiet des Kampfes zwischen Kapitalismus und Sozialismus, und die Trennungslinie folgt keinesfalls den geographischen Grenzlinien der beiden Systeme.» (Hervorhebung durch uns.)

Mit anderen Worten: Die friedliche Koexistenz garantiert dem Osten unter völkerrechtlicher Verankerung der Prinzipien dieser Politik eine legale ideologische Aggression (nach dem sowjet-eigenen Terminus technicus).



Die «flankierende Massnahme» der Koexistenzpolitik ist der militärische Ausbau zwecks Ueberlegenheit des Friedenslagers. Wohl nirgends in Europa ist das soldatische Heldenbild so unversehrt wie in der Sowjetunion.

Dass die Sowjetunion mit der Idee der völkerrechtlichen Anerkennung auch auf internationaler Ebene einen gewissen Durchbruch erzielte, beweisen die zivilen Menschenrechtskonventionen in der UNO.

Streitkräfte sind Grundlage

Die Grundlage einer friedlichen Koexistenz sowjetischer Prägung bilden die Streitkräfte der osteuropäischen Staaten! Das ist der Leitgedanke der gesamten Militärpolitik des Warschauer Paktes.

Ein Leitartikel der polnischen Militärzeitung («Zolnierz wolnosci», Warschau, 29. 5. 1973) hält fest, vom «Gesichtspunkt des politischen Realismus» seien es die osteuropäischen Streitkräfte, die den betreffenden Staaten eine «flexible Friedenspolitik» ermöglichten. Wörtlich heisst es in diesem, unmittelbar vor der ideologischen Konferenz der führenden «militärischen Parteifunktionäre» veröffentlichten Artikel:

«Die Macht und die Solidarität der Staaten des Warschauer Paktes bilden die unentbehrliche Voraussetzung zur weiteren Entwicklung der flexiblen Friedenspolitik unserer Staaten, die mit den lebenswichtigsten Interessen der ganzen Menschheit übereinstimmt.» (Auch im Original hervorgehoben.)

Teppichhaus Teppich-Showroom Zürich
 W. Geelhaar AG Zwielerstrasse 35
 Thunstrasse 7 8004 Zürich
 3000 Bern 6 Telefon 01 39 34 24

Geelhaar

Teppiche?

bringt die Lösung!

Kompetente Beratung «mit Flair»
 Überzeugende Serviceleistungen:
 Teppichreinigung-Service
 Teppich-Reparaturservice und
 -Wäscherei
 Shop at home-Service
 Spezialabteilungen für Engros,
 Hotel und Objekt

Friesenatwahl und
 -Know How von allem,
 was man auf den
 Boden legt.

Ernst R. Borer

Spionage

Anwerbethoden und Anwerbepraktiken der Geheimdienste

168 Seiten mit Dokumenten, Illustrationen und umfangreichem Quellennachweis, Fr. 18.80.

«Der Prozess gegen das DDR-Agentenpaar ‚Kälin‘, ebenso wie das Verfahren gegen den ostdeutschen Meisterspion Guillaume und die Enthüllungen über den amerikanischen CIA haben die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Tätigkeit der Geheimdienste gelenkt. Wie viel auf diesem Gebiete getan – und allzusehnell wieder vergessen – wird, zeigt das Buch von Ernst R. Borer. Es schildert anhand von Fällen – viele davon haben sich in der Schweiz zugetragen – die Anwerbethoden auf ideologischer Basis, aber auch die Techniken der Erpressung („photographiertes Liebesleben“), die nicht nur Männer, sondern auch Frauen zu Werkzeugen fremder Spionage werden lassen.»

Zürichsee-Zeitung

Neptun-Verlag, 8280 Kreuzlingen

Tatsächlich Friedensgesetze

Im Sowjetlager hat es der Friede gut. Er ist gesetzlich gegen üble Nachrede geschützt. Wer Kriegspropaganda betreibt, wird als Schwerverbrecher verfolgt. Nur: Wer die Propaganda für eigene oder verbündete Kriegführung anficht, verstösst gerade gegen diese Friedensgesetze. Wer dem Militär und dem Militarismus im eigenen Lager opponiert, hilft der potentiellen Kriegsvorbereitung des Feindes und macht sich dadurch eben der Kriegspropaganda schuldig, mag er das selber noch lange als Friedenspropaganda auffassen.

Bürgerkrieg, Befreiungskrieg und friedliche Koexistenz bilden eine dialektische Einheit! Daran ändern auch die «Friedensgesetze» nichts.

Im sowjetischen Friedensgesetz vom 12. März 1951 heisst es:

«Der Oberste Sowjet der Sowjetunion (...) erklärt, dass sich das Gewissen und das Rechtsbewusstsein der Völker (...) mit der Gesetzwidrigkeit der von den aggressiven Kreisen einiger Staaten geführten Kriegspropaganda nicht abfinden können. Er erklärt sein Einverständnis mit dem Aufruf des zweiten Weltkongresses der Friedenskämpfer, der den Willen der ganzen fortschrittlichen Menschheit ausdrückt. (...)

Der Oberste Sowjet der UdSSR erklärt:

1. Die Kriegspropaganda jeder Art untergräbt die Sache des Friedens, ruft die Gefahr eines

neuen Krieges hervor und ist infolgedessen das schwerwiegendste Verbrechen gegen die Menschheit.

2. Personen, die der Kriegspropaganda schuldig sind, müssen dem Gericht übergeben und als Schwerverbrecher verurteilt werden.» (Gesetzesblatt, Nr. 5/1961)

Was Kriegspropaganda ist, bestimmt die KPdSU-Führung im Namen der fortschrittlichen Menschheit

Art. 71 des StGB der RSFSR und die entsprechenden Strafgesetze in den übrigen Sowjetrepubliken sehen als Sanktion für Kriegspropaganda Freiheitsentzug von drei bis acht Jahren vor. Der Ukas des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 18. Mai 1961 verschärfte diese Sanktion: als Nebenstrafe kann das Gericht zusätzlich Verbannung von zwei bis fünf Jahren (nach Abbüßung der Freiheitsstrafe) aussprechen. (Gesetzesblatt, Nr. 21/1961)

Wie der als offiziell zu betrachtende «Kommentar zum Strafgesetzbuch der RSFSR», Leningrad 1962, S. 153—154, erklärt, ist Kriegspropaganda die «Verbreitung von Ideen und Ansichten, die zum Ziele haben, eine Aggression seitens eines Staates oder einer Gruppe von Staaten gegen einen anderen Staat oder eine andere Gruppe von Staaten hervorzurufen. Die Formen der Propaganda haben für den Tatbestand des Deliktes keine Bedeutung. Die Propaganda kann mündlich, durch Ausnützung von Presse, Radio, Kino usw. betrieben werden.»

Der sowjetische Gesetzgeber spricht hier wie anderswo im Namen der ganzen «fortschrittlichen Menschheit».

Die KP Chinas protestiert ständig dagegen, dass die KPdSU im Namen der ganzen Menschheit bzw. aller Kommunisten spricht, aber im Sowjetlager hat diese Anmassung Gesetzeskraft.

Die universelle Strafbarkeit vor dem ungarischen Gesetz

Von ähnlichem Charakter sind auch die von Moskau diktierten volksdemokratischen Friedensgesetze.

Gemäss dem ungarischen Friedensgesetz (Nr. V/1950, vom 10. 12. 1950) ist der Kampf für den Frieden eine gesetzliche Pflicht jedes Staatsbürgers. Kriegshetzer, Personen, die Propaganda für den Krieg treiben oder die «den Frieden der Menschheit gefährden», werden zu Verbrechen erklärt und mit schweren Strafen bedroht. Wer mündlich oder schriftlich oder in irgendeiner anderen Weise zum Krieg aufwiegelt, wird mit Freiheitsentzug von sechs Monaten bis zu fünfzehn Jahren bestraft. Subjekt des «Deliktes» kann jedermann sein, sowohl ein ungarischer

Staatsangehöriger als auch ein Ausländer, ohne Rücksicht auf den Ort der Tat. Ein Ausländer kann also wegen seines im Ausland begangenen «Deliktes» nach den ungarischen Gesetzen bestraft werden. (!) Als Mittelsmann wird jeder betrachtet, der Kriegspropaganda in irgendeiner Weise — materiell oder intellektuell — fördert und unterstützt. (Vgl. «Jogi alapismeretek». Grundlehren des Rechts, Budapest 1954, S. 148 bis 149)

Von gleicher Art ist das polnische Friedensgesetz vom 29. Dezember 1950. Wer «die Verbreitung der Kriegspropaganda fördert» oder gegen die Bewegung der Friedensverteidiger kämpft (Art. 2), soll mit Freiheitsentzug bis zu fünfzehn Jahren bestraft werden. (Strafgesetzbuch und das Gesetz über die Ausschreitungen, 9. Ausg., Warschau 1958, S. 175—177)

Alle übrigen Staaten des Ostblocks erliessen zum gleichen Zeitpunkt ähnliche Gesetze, die von den Gerichten zwangsläufig nach dem Belieben der Führung ausgelegt werden müssen:

● Der Begriff des Friedens muss dialektisch und im Sinne der Parteipolitik interpretiert werden. Nirgends ist festgehalten, was man unter «Frieden» zu verstehen hat. Bürgerkrieg, nationaler Befreiungskrieg und Revolution stören den Frieden nicht, im Gegenteil: sie dienen zur Festigung des Weltfriedens. Infolgedessen kann eine Propaganda für diese Kriege bzw. für die Revolution auf nationaler oder internationaler Ebene dem Begriff der Kriegspropaganda nicht untergeordnet werden. Der Unterschied liegt im Begriff des gerechten und ungerechten Krieges; Propagierung und Unterstützung von Revolutionen, nationalen Befreiungskriegen usw. ist sogar Pflicht jedes fortschrittlich denkenden Menschen, und vor allem jedes Kommunisten.

● Parallel zur Aenderung der Parteipolitik kann der gestrige Kriegshetzer als Nationalheld betrachtet werden und umgekehrt. Es ist ausschliesslich die Partei, die letztlich feststellt, wer im gegebenen Moment ein Kriegshetzer ist und wer im Interesse der Weltrevolution handelt und deshalb als Held zu gelten hat.

«Friedensanleihe» wird von der Bevölkerung «Kriegsanleihe» genannt

Frieden und Krieg sind sowohl politisch und ideologisch als auch juristisch vollständig parteigebundene Begriffe. Die Vorbereitung eines Bürgerkrieges im Ausland bzw. die Schürung des «Befreiungskrieges» in einem bereits unabhängigen Entwicklungsland («Kampf für die vollständige wirtschaftliche und soziale Befreiung») sind keine Friedensstörung.

Dass Frieden, Krieg und Revolution miteinander eng verbundene Begriffe sind, beweist die Tatsache, dass eine erstrangige Aufgabe des in der Sowjetunion vor fünfzehn Jahren gegründeten *Friedensfonds* gerade die Unterstützung der nationalen und internationalen Revolutionsbewegung ist, unter dem Vorwand der Unterstützung des sozialen Fortschrittes.

In einigen Volksdemokratien wurde 1949 eine «freiwillige», in Wirklichkeit aber höchst obligatorische «Friedensanleihe» eingeführt: Jeder Werktätige *musste* 10 bis 15 Prozent seines Lohnes *freiwillig* der friedliebenden sozialistischen Aussenpolitik zur Verfügung stellen. Das Volk nannte aber mit Recht überall die Friedensanleihe «Kriegsanleihe».

Neu im Verlag SOI Bern

László Révész

Militärische Ausbildung in Osteuropa

TM 30, 1975, 302 Seiten, br., 22.—
ISBN 3-85913-085-4

Prof. Dr. L. Révész legt eine gründliche Darstellung der militärischen Vorbereitung der osteuropäischen Jugend sowie der dortigen Regelung des Militärdienstes vor. Der Autor nennt 4 Komponenten der vormilitärischen Ausbildung, die psychologisch entscheidend sind: Militärpatriotische Erziehung, Wehrsport, freiwilliger sowie obligatorischer Wehrtunterricht. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Schule, die Jugendorganisationen, die Partei und der paramilitärische Verband DOSAAF. Besonders berücksichtigt werden neben der Sowjetunion die Länder Polen, CSSR und Ungarn. Die Beschreibung des Militärdienstes ergänzen Angaben über die Ausbildung der Berufsoffiziere und über das militärische Disziplinar- und Strafrecht.

Verlag SOI
Schweizerisches Ost-Institut
CH-3000 Bern 6

Institutionen des Friedens

Die zuerst in den sozialistischen Ländern errichteten «Friedenskomitees» kämpfen ebenfalls für einen sogenannten «gerechten» Frieden und gegen einen «ungerechten Frieden», dessen Bruch Recht und Pflicht der Friedensorganisationen wird. Die Friedenskomitees existieren sowohl in den Betrieben als auch in den territorialen Verwaltungseinheiten der einzelnen Länder, mit einem nationalen Friedenskomitee an der Spitze. Sie bilden — zusammen mit den verschiedenen Friedensorganisationen in den westlichen Ländern — die Weltfriedensbewegung, die im Interesse der sowjetischen Hegemonialpolitik für einen Frieden kämpft, dessen Inhalt und Wesen die dialektische Interpretation voraussetzt. Dies ist aber Recht und Pflicht Moskaus.

Für die Auslegung des «Friedens» sind zwei internationale Veranstaltungen am Anfang der sechziger Jahre charakteristisch.

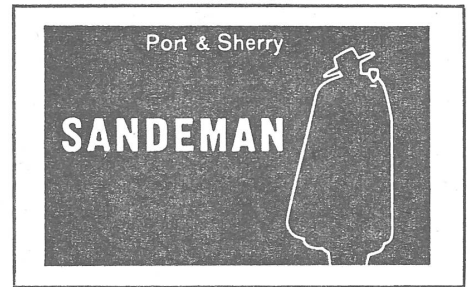
Die Statuten und Programme der Weltfriedensbewegung sowie der verschiedenen «internationalen demokratischen Organisationen» wurden zu einem Zeitpunkt verfasst, da die Sowjetunion noch über keine Kernwaffen verfügte. Die Sowjetunion musste später, im Besitze der Atomwaffen, die «Frontorganisationen» zur Aenderung ihrer Friedenstaktik veranlassen. Die Teilnehmer des Moskauer Friedenskongresses gegen die atomare Aufrüstung am Anfang der sechzi-

ger Jahre wollten gegen die atomare Aufrüstung im allgemeinen und nicht nur gegen jene der USA protestieren. Aus diesem Grunde wurde ihnen die öffentliche Kundgebung polizeilich untersagt. Ebenso wiesen die Organisatoren am Jugendfestival Helsinki eine pazifistische Gruppe zurück, als diese mit einem Transparent gegen westliche und östliche Atomversuche protestieren wollte. Die offizielle Sowjetpolitik verfiert nämlich die These, die sowjetischen Kernwaffen dienen dem Frieden, jene des Gegners aber dem Krieg. Deshalb sollten die von der Sowjetunion kontrollierten und finanzierten Friedensorganisationen und andere Frontorganisationen nicht gegen die sowjetische «Friedensbombe», sondern ausschliesslich gegen die «aggressiven» imperialistischen Kernwaffen protestieren.

Es wäre ein grosser Fehler, wenn man die sowjetischen und volksdemokratischen Friedenskomitees und andere Organisationen, die in der Friedensbewegung und in den ebenfalls für Frieden und Demokratie kämpfenden «internationalen demokratischen Organisationen» die uneingeschränkte Führung und Kontrolle innehaben, als rein gesellschaftliche Organisationen und die sowjetisch-volksdemokratischen Kontakte zu den nationalen und internationalen Friedenskomitees und -organisationen als gesellschaftliche Kontakte betrachten würde.

Die gesellschaftlichen Organisationen in den sowjetsozialistischen Ländern sind getarnte, vom Staat unterhaltene staatliche Organisationen. Auch ihre Kontakte mit dem Ausland können in Wirklichkeit ausschliesslich auf staatlicher Ebene oder mit staatlicher Genehmigung und im staatlichen Auftrag stattfinden.

Der Kontakt mit dem Ausland — und dazu ge-



hört der Friedenskampf — ist in allen Ostblockstaaten nicht nur eine staatliche, sondern sogar eine staatlich-zentralisierte Angelegenheit. Im Sinne des gültigen Ukas vom 16. Dezember 1947 (Art. 1) dürfen staatliche Organe, gesellschaftliche Organisationen und ihre Beamten mit ausländischen Institutionen Kontakte ausschliesslich via Aussenministerium unterhalten und pflegen. (Sammlung der Gesetze der UdSSR und der Ukasse des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR. 1938—1958. Moskau 1959, S. 237—239)

Neue Kümmerly+Frey-Bücher

Bildband

Indien

Walter Imber, Hans Boesch

120 Seiten, 117 Farbbilder, 1 sechsfarbige Reliefkarte, 12 Kartenskizzen.

Format 24 x 30 cm. Fr. 88.—

Seit dem Zweiten Weltkrieg versucht Indien, aus eigenen Kräften eine Nation zu werden, den Lebensstandard zu heben und auf der politischen Bühne der Welt eine seinem geschichtlichen und kulturellen Selbstbewusstsein entsprechende Rolle zu spielen. Schweizer und indische Autoren haben sich zusammengetan, um über Naturgeographie, Kultur, Wirtschaft u. a. zu schreiben. Völlig unabhängig von den Textbeiträgen ist das Bildmaterial entstanden; dass gleichwohl dieser Band ein Ganzes darstellt, liegt daran, dass alle Beteiligten bemüht waren, mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln ein wahres Bild von Indien zu vermitteln.

Ein Sachbuch zu aktuellen Fragen

Die Welt bleibt reich

Eine optimistische Bestandaufnahme

Anton Zischka

288 Seiten, 54 Farbbilder, 4 Zeichnungen, 7 Kartenskizzen.

Format 17 x 24 cm. Fr. 58.—

Die Welt bleibt reich, weil erst weniger als die Hälfte unseres Planeten genutzt wird, weil es überall — auch in Europa — noch riesige Reserveräume und riesige Produktivitätsreserven gibt. Unsere Energieversorgung muss sich vom Kapitalverbrauch auf die Zinsnutzung umstellen; was die Untergangsprognosen übersehen, ist die ungebrochene kreative Kraft des Menschen, und Zischka belegt dies anhand zahlreicher Beispiele aus der Wissenschafts- und Entwicklungsgeschichte. In dieser positiven Entwicklung fällt Europa eine bedeutende Rolle zu.

Wirtschaftsgeographischer Weltatlas

Hans Boesch

3., auf den neuesten Stand gebrachte Auflage. 90 Seiten mit mehrfarbigen thematischen Karten, 36 Diagrammen und Zeichnungen, 80 Farbbildern, in Ringheftung. Format 32,5 x 24 cm. Fr. 48.—

Wie kaum ein anderes Fach ist die Geographie imstande, entsprechende Informationen als unerlässliche Grundlage einer politischen Meinungsbildung zu liefern. Insbesondere die Wirtschaftsgeographie kann hierfür Material zur Verfügung stellen. Die vorliegende dritte Auflage des Wirtschaftsgeographischen Weltatlas zeigt auf den Kartenrückseiten den neuesten (zugänglichen) statistischen Befund, so dass sich die Veränderungen gegenüber den auf 1964 fussenden Karten in anschaulicher Weise verfolgen lassen.

Unsere Welt heute

Ein neuzeitlicher Atlas für jedermann

264 Seiten, davon 184 Seiten vierfarbiger Kartenteil mit 84 Haupt- und Nebenkarten, 132 Fotos, 89 Themakarten und Graphiken, 77 Seiten Register. Format 26 x 35,5 cm. Fr. 78.—

Der RV-Atlas ist eine Weiterentwicklung bisheriger Konzeptionen, stellt jedoch durch seine grössere Anschaulichkeit, grössere Informationsfülle und durch seine Darstellungsart einen neuen Atlastype dar. Schwerpunkte sind Luft- und Welt-raumfotos der jüngsten Zeit, welche die abstrakte kartographische Information vertiefen und lebendiger machen. Absolut neu ist die unmittelbare Kombination aller Informationsformen und visuellen Elemente — physische, politische und thematische Karten, Graphiken, Luft- und Welt-raumfotos, Texte, Bildertexte — auf den einzelnen Doppelseiten.

In allen Buchhandlungen oder direkt bei Kümmerly + Frey, Geographischer Verlag, 3001 Bern